

18.08.93

Antrag

der Länder Brandenburg und Schleswig-Holstein

zu

Vorschlag für einen Beschluß des Rates zur Gewährung von
Zinssubventionen der Gemeinschaft für Darlehen an KMU im Rahmen der
befristeten Darlehensfazilität der EIB

Vorschlag für einen Beschluß des Rates zur Ermächtigung der Kommission,
im Rahmen der Überbrückungsfazilität Anleihen zur Vergabe von Darlehen
an die Mitgliedstaaten aufzunehmen

Punkt 2 der 6. Sitzung der EG-Kammer des Bundesrates am 18. August 1993

Die Europakammer möge anstelle der Ziffern 3-6 der Ausschußempfehlungen Drs. 543/1/93
folgende Aussage beschließen:

- " Sollte sich aufgrund der EG-Verhandlungslage eine neue Verhandlungsposition der
Bundesregierung ergeben, behält sich der Bundesrat eine erneute Stellungnahme auf der
Grundlage von § 5 Abs. 3 ZaBLG vor.

Begründung:

Die EG-Vorlage ist auf Art. 235 EWG-Vertrag gestützt und bedarf für ihre Beschlußfassung
der Einstimmigkeit im Rat, die derzeit aufgrund der ablehnenden Haltung der Bundesregierung
nicht gegeben ist. Im übrigen erteilte der Europäische Rat von Kopenhagen lediglich einen
Prüfauftrag zu Zinssubventionen.